

Nein zum Krieg im Iran!

Seit Beginn diesen Jahres eskaliert die Situation im Mittleren Osten zunehmend. Nach der Blockade der US-Botschaft im irakischen Bagdad ließ Donald Trump den iranischen General Soleimani durch einen Drohnenangriff ermorden. Er soll eine wichtige Rolle bei der Organisation der Proteste gegen die US-Botschaft gespielt haben. Aber schon seit Jahren war er der USA ein Dorn im Auge, weil er die pro-iranischen Milizen im Irak und Syrien koordinierte. Seitdem gibt es immer wieder neue Angriffe und Provokationen zwischen der iranischen und US-amerikanischen Regierung, die nur der derzeitige Höhepunkt eines langjährigen Konfliktes ist.

Der Tod Soleimanis - Die „Rettung“ für den Iran

Der Iran steckt derzeit in einer großen innen- und außenpolitischen Krise. Ein Ausdruck dessen waren die riesigen Massenproteste im November und Dezember letzten Jahres, welche sich gegen die gestiegenen Benzinpreise sowie schlechten Lebensbedingungen richteten. Die Proteste richteten sich auch gegen das Regime. Und nicht nur im Iran gab es Proteste, sondern die ganze Region befand sich letztes Jahr in Aufruhr.

Vor allem die Massenproteste im Libanon und im Nachbarland Irak bedrohten den Einfluss des Irans in dieser Region. Und dieser ging hart dagegen vor. Im Irak sollen die pro-iranischen Milizen mindestens 460 DemonstrantInnen allein durch Heckenschützen ermordet haben. Diese Angriffe wurden u.a. vom iranischen General Soleimani mit geplant. Daher war es auch nicht verwunderlich, dass er von den mobilisierten irakischen ArbeiterInnen und Jugendlichen gehasst wurde, genauso wie das gesamte korrupte irakische Regime, das unter dem Einfluss der USA nach dem Irak-Krieg 2003 errichtet wurde und das in den letzten Jahren auch verstärkt vom iranischen Regime beeinflusst wird.

Die Jahre des imperialistischen Krieges haben das Land ausgeblutet und ohne jede funktionierende Staatsstruktur hinterlassen, die irakische Regierung ist ökonomisch, politisch und militärisch von der USA und gleichzeitig vom Iran abhängig. Doch mit dem Angriff auf Soleimani hat die USA dem iranischen Regime einen großen Dienst erwiesen: sie konnte die sozialen Proteste im Iran und Irak in den Hintergrund stellen und hat es geschafft, Hunderttausende gegen die US-Aggressionen und zum Teil auch im Gedenken an Soleimani zu mobilisieren. Das iranische Regime, welches innenpolitisch vor kurzem noch vor einer riesigen Krise stand, kann jetzt Dank der US-Aggressionen die nationalistische Karte spielen. Allerdings haben die jüngsten Proteste der iranischen Bevölkerung gegen die Täuschungsversuche zum Abschuss der ukrainischen Passagiermaschine gezeigt, dass sich die Lage in der Region jederzeit wieder ändern kann.

Deutschlands Rolle

Weder die EU noch Deutschland haben die Eskalationspolitik der USA noch den Drohnenangriff auf Soleimani ernsthaft verurteilt, sondern sich hinter die USA gestellt. Nach wie vor werden zahlreiche Angriffe im

Nahen Osten von US-Militärbasen in Deutschland gesteuert. Dazu kommen über 100 BundeswehrosoldatInnen, welche zurzeit im Irak stationiert sind – anfänglich im Kampf gegen den IS und seit dem offiziellen Sieg über den IS auf Ausbildungsmission. Im Gegensatz dazu streben die EU und insbesondere Deutschland seit Jahren bessere wirtschaftliche Beziehungen zum Iran an, doch die US-Außenpolitik macht ihnen regelmäßig einen Strich durch die Rechnung.

Weder für imperialistische Aggressionen noch Mullah-Diktatur

Wir haben weder einen Grund diesem General hinterher zu trauern noch die Diktatur im Iran zu verteidigen, die brutal gegen alle DemokratInnen, SozialistInnen, RevolutionärInnen oder andere Regimekritiker vorgeht. Aber es zeigt deutlich das Konfliktpotenzial zwischen der imperialistischen Supermacht USA und einer reaktionären Diktatur, die sich den USA nicht völlig unterwerfen will.

Eine Perspektive für die Menschen in der Region haben aber weder die „Demokratiekrieger“ à la Trump, dem es um Öl und Geopolitik geht, noch die Mullahs in Teheran, die ihre Bevölkerung brutal unterdrücken. Denn keine Seite ist wirklich besser: Trump möchte die militärische Besetzung im Irak weiterhin aufrechterhalten und geht dabei mit Bomben und SoldatInnen gegen den Widerstand der Bevölkerung vor. Im Iran geht die Führung regelmäßig gegen Streiks mit Polizei, Folter und Verstümmelungen vor, verbietet Demonstrationen, unterdrückt Frauen, Schwule und Lesben brachial und lenkt jede Kritik an der krassen sozialen Ungerechtigkeit in der "gottgewollten islamischen Republik" mit antisemitischen Attacken ab.

Trotzdem ist es nicht die iranische Führung, die einen Krieg provoziert, der - falls er kommen sollte - keines der Probleme der Menschen in der Region lösen wird, sondern nur weiteres Elend, weitere Tote hinzufügen wird. Daher sagen wir deutlich: Kein Krieg gegen den Iran! Abzug aller US-Truppen und der Bundeswehr aus der Region! Schließung aller Militärbasen in Deutschland! Wir unterstützen alle Bestrebungen für die Selbstbefreiung der ArbeiterInnenklasse im Iran und der Region.

Von Kolleg_innen für Kolleg_innen...

Die CFM wie wir sie kennen – auch im Neuen Jahr

Wie wir der Tarifinfo Nr.6 entnehmen können, plante die CFM tatsächlich uns Lohnhöhen unter 12,50€(!) anzubieten. Nun verlangen sie mehr Zeit, um ihr Angebot anzupassen. Daher wollen sie erst am 23. Januar weiterverhandeln, diese Zeit sollten wir ihnen doch mit dem einen oder anderen (Warn)Streiktag versüßen, um zu verdeutlichen: Wir lassen uns nicht verarschen!

„Werde Teil vom C-Team“

Nein, das ist keine Werbung für die 3. Staffel vom A-Team, sondern es ist der Titel zur Einladung zum Bewerbungstag an der Charité am 18.1.2020. Dabei können Interessierte die berufliche Vielfalt der Charité kennen lernen, angefangen von Medizin und Pflege hin zu Gärtnern und Kochen. Wahrscheinlich wird aber nichts erzählt vom tariflosen Zustand an der CFM, den schlechten Arbeitsbedingungen in der Pflege oder von der Herausforderung in der Küche, PatientInnen von 3,84€ pro Tag bekochen zu müssen.

„Vitamine sind nicht nachweisbar“

Apropos, wenn wir gerade beim Essen sind. Das Berliner Krankenhausessen ist so „gut“, dass es sogar in die Zeitung gekommen ist. Im rbb Beitrag fielen Sätze wie „Es ist nicht nur ungesund, sondern geradezu toxisch“ oder „Vitamine sind nicht nachweisbar“. Damit endlich wieder gutes Essen auf Station kommt, gab es sogar eine Empfehlung einer Ernährungsmedizinerin: Verwandte sollen selbst kochen und das Essen dem kranken Angehörigen vorbei bringen. Und wenn diese dann schon Mal da sind, warum auch nicht gleich noch das Bett mit frisch überziehen, Medikamente geben und waschen?

Kündigung nach Streik

In den Ameos Kliniken in Sachsen-Anhalt gab es in den vergangenen Monaten Warnstreiks für einen Tarifvertrag. Doch anstatt endlich zu verhandeln, hat die Geschäftsführung 14 MitarbeiterInnen gekündigt – wegen Erlösausfällen und „respektlosem Verhalten“ gegenüber MitarbeiterInnen, PatientInnen und Vorgesetzten. „Natürlich“ war der Grund nicht, die Streikstimmung zu dämpfen und KollegInnen einzuschüchtern. Jedenfalls gefällt uns die Antwort der Tafel Sachsen-Anhalt darauf: sie lehnten eine Tannenbaumspende von Ameos ab, da die Kündigung von KollegInnen, welche von ihrem Streikrecht Gebrauch machen, unakzeptabel wäre und die Kündigungen aufgehoben werden müssen. Das ist doch mal eine Ansage!

Es ist vollbracht und hat nur um die 20 Jahre gedauert

„Nach intensiven Verhandlungen... wurden die Dienstvereinbarungen... PEP und zur gleitenden Arbeitszeit“ abgeschlossen, so teilt es der PEP-Newsletter im Intranet mit. Damit wurden die bisher gültigen Vereinbarungen zur Gleitzeit aus der Zeit **vor** der Fusion(!) außer Kraft gesetzt. Das heißt, die Charité hat fast 20 Jahre benötigt, um sich mit einem Personalrat zu diesen Themen zu einigen. Daraus darf man wohl schließen, dass die Charité sich bisher geweigert hat, mit den gewählten Vertretungen über Verbesserungen und Rechtssicherheit für die Beschäftigten zu verhandeln. Das kennen wir aus den Tarifverhandlungen zu Entlastung zur Genüge und zeigt noch einmal, die Charité ist zwar ein öffentlicher Betrieb, wird aber wie jede gemeine Privatkitsche geführt.

Berlin hat jetzt eine Pflegesenatorin

Das war sicher nur ein Druckfehler in der Erklärung der Gesundheitssenatorin zur Initiative: Eindämmung der Leiharbeit in der Pflege. Eigentlich müsste es nämlich heißen PflegedirektorInnen-Senatorin. Denn Frau Kalayci fordert nicht etwa ein, dass die Pflegechefs endlich Verantwortung für ihr katastrophales Management in den letzten Jahren übernehmen, sondern das Verbot von Zeitarbeit in der Pflege. Das Schlupfloch zu erträglicheren Bedingungen und besserer Bezahlung soll so gestopft werden. Applaudiert wird der Senatorin u.a. von der Berliner Krankenhausesellschaft, dem Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste und auch von Charité-Heepe. Die als Centrumsleitung und Pflegedirektorin der Charité ausreichend Zeit hatte, für vernünftige Arbeitsbedingungen zu sorgen und stattdessen mit Verantwortung dafür trägt, dass viele von uns bereits aus der Charité oder sogar aus dem Beruf ausgestiegen sind.

Alles wie immer – nur schlimmer

Da sind sie wieder, die allerneuesten Gruselmeldungen aus der Gesundheitsbranche. Diesmal kommen sie vom Deutschen Krankenhausinstitut, das in seinem aktuellen Krankenhaus-Barometer mit wirklich fürchterlichen Zahlen aufwartet. Kurzes Fazit: seit 2016 weitere Verschlechterung und Verschärfung auf ganzer Linie. Mindestens 17.000 Pflegekräfte fehlen bundesweit, vier von fünf Krankenhäusern können offene Stellen nicht besetzen. Die Lösungsvorschläge der Herrschaften aus den Krankenhausleitungen sind allerdings genauso gruselig – sie argumentieren strikt gegen Bettensperrungen und Mindestbesetzung. Na klar, wer jetzt für zwei schufftet, der kann doch auch für drei... Vergessen Sie das, Herr Direktor, Sie haben wohl die Alarmklingel nicht gehört. Das ganze System Krankenhausfinanzierung gehört auf Intensiv! Wer ausreichend Personal und „gesunde“ Arbeitsbedingungen will, der muss auch ausreichend investieren. Und zwar nicht in die Schatullen von Pharmakonzernen oder aufwendige Werbekampagnen. Punkt. Auf Station spielt die Musik – da müssen die Gelder ankommen für angemessene Bezahlung und vernünftige Ausstattung. Dann klappt auch mit dem Personal.

Nebenschauplatz

Was tut man nicht alles, um sich als Abgeordneter ins Gespräch zu bringen. Der gute FDP-Mann Luthe prangerte jetzt furchtlos an, dass 2012-16 bei Jahresabschlussveranstaltungen mit MitarbeiterInnen Zechen im Restaurant angefallen sind. 2016 wurde dann die Höhe pro Person auf 40€ begrenzt. Unsere Probleme möchte ich haben... Viel mehr würde mich interessieren, wie sich die FDP-Fraktion die weitere Finanzierung der in Verantwortung des Landes liegenden Krankenhäuser so vorstellt, ohne dabei die Worte Privatisierung und Wettbewerb zu benutzen.

Das Vitamin C wird gemeinsam von der Revolutionär Sozialistischen Organisation und Kolleg_innen der Charité und CFM herausgegeben. Das Flugblatt soll nicht nur Sprachrohr der Beschäftigten sein, sondern auch zur Vernetzung und Information dienen. Wenn auch du was zu sagen hast, dann melde dich bei uns!

Wenn Dir das Flugblatt gefällt, gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter...

Wir sind erreichbar unter - flugblatt_charite@gmx.net - www.sozialismus.click